

SAUBERE UND BEZAHLBARE ENERGIE FÜR ALLE – DIE GRUNDLAGE FÜR EIN GERECHTERES LEBEN UND WIRTSCHAFTEN INNERHALB DER PLANETAREN GRENZEN

Tobias Goldschmidt, Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein (u. a. zuständig für die Entwicklungszusammenarbeit von Schleswig-Holstein)

Energie ist für viele von uns so selbstverständlich, dass wir kaum darüber nachdenken. Wir schalten morgens das Licht an, laden unser Smartphone, fahren mit Bus oder Bahn zur Schule, zur Ausbildung oder zur Arbeit. Wir heizen unsere Wohnungen, kühlen Lebensmittel und speichern Fotos und Erinnerungen. Jeder Gegenstand, den wir nutzen, musste hergestellt und dann zu uns transportiert werden. Historisch kam der Antrieb für all diese Aktivitäten ausschließlich aus Fossilen, befeuerte also nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Klimakrise.

Andererseits leben laut WHO 655 Millionen Menschen immer noch gänzlich ohne Zugang zu Elektrizität. Das heißt, auch ganz Grundsätzliches wie Essenszubereitung oder medizinische Versorgung muss ohne Strom bewerkstelligt werden. Beim Kochen sind es noch mehr: Etwa ein Viertel der Menschheit muss noch auf gesundheits- und umweltverschmutzende Erhitzungsmethoden setzen wie beispielsweise Holzkohle. Das siebte Ziel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen adressiert bewusst beides: „Bezahlbare und saubere Energie“ für alle bis 2030. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und Netzen ist der Schlüssel für dieses Ziel, weltweit. In Deutschland und vielen anderen Industrie-



Tobias Goldschmidt im Austausch mit jungen Menschen über Zukunftsfragen.
(Foto © Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein)

nationen ist das gleichbedeutend mit einem Umstieg, einem Systemwechsel, von fossil auf elektrisch. Das heißt, es reicht nicht, einfach mehr sauberen Strom zu produzieren – die gesamte Infrastruktur muss umgestellt werden: Batterie statt Benziner und Ladesäule statt Tankhahn, Wärmepumpe statt Gasheizung und vor allem Stromtrasse statt Gasleitung. Das ist natürlich mit Anstrengungen und Kosten verbunden, aber auch mit Chancen. Wer früher umsteigt, hat schon Erfahrungen, Wissen, Fähigkeiten und Fachkräfte, wenn die anderen nachziehen.

Mein Bundesland, Schleswig-Holstein, ist deshalb für die Energiewende in

Deutschland interessant, weil wir genau diesen Weg zeitig eingeschlagen haben. Wir haben uns durch ein frühes Bekenntnis zur Energiewende in den letzten 30 Jahren zum Vorreiter entwickelt. Heute produzieren wir rechnerisch etwa doppelt so viel Strom im Jahr wie wir selbst verbrauchen und können einen Großteil der Zeit unseren Energiebedarf aus Erneuerbaren decken. Wir sind ein echtes Energiewende-Land und unser Ziel ist, das auch wirtschaftlich zu nutzen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität müssen emissionsreiche Antriebsstoffe immer teurer werden. Der europäische Emissionshandel und die CO₂-Bepreisung

sind dafür Schlüssel-Instrumente, weil sie die externen Schadenskosten zum Teil ausgleichen. Erneuerbare Energien sind schon heute in der Erzeugung die günstigsten Energien. Jetzt gilt es, auch die Systemkosten zu adressieren, zum Beispiel durch Flexibilisierung und Netz-entgeltreform. Wir können als Standort günstigen Strom und zukünftig auch Folgeprodukte wie grünen Wasserstoff mit geringem oder gar keinem Transportaufwand anbieten. So tun wir nicht nur etwas fürs Klima, sondern auch für die Wertschöpfung vor Ort.

Wie kommt es, dass die Energiewende bei uns zu einem verbindenden, identitätsstiftenden Projekt geworden ist, während andere Regionen sich schwerer tun? Zunächst haben wir einen besonderen Vorteil, den man nicht wirklich übertragen kann: Der Wind weht stark zwischen Nord- und Ostsee und über den Offshore-Ausbau landet auch Energie aus dem Meer bei uns an. Als landwirtschaftlich geprägtes Gebiet haben wir außerdem gute Grundlagen für Solar, beispielsweise ergänzend zum Anbau auf Feldern oder Biomasse. Doch darüber hinaus gibt es auch vermeintlich weiche Faktoren, die auch andernorts gut funktionieren können: Die Energiewende war für uns immer schon ein Mitmachprojekt, eine Graswurzelbewegung. Neben größeren Investoren spielen bis heute Bürgerwindparks eine wichtige Rolle – jede und jeder kann sich beteiligen. Diese Kultur der Eigenproduktion führt zu Akzeptanz und setzt sich bis heute mit Balkonkraftwerken und PV auf dem Dach fort. Es profitieren also nicht nur einige wenige, sondern alle.

Das ist überhaupt das Besondere an Erneuerbaren Energien: Sonne und Wind gehören niemandem. Das Stromsystem auf ihnen aufzubauen, heißt, es zu demokratisieren. Und es bedeutet Unabhängigkeit. Gerade in den letzten Monaten wurde uns wieder deutlich vor Augen geführt, wie uns die fossile Abhängigkeit sicherheitspolitisch verletzlich macht und finanziell teuer zu stehen kommt. Wenn wir auf Nachhaltigkeit setzen, schlagen wir viele Fliegen mit einer Klappe.

“ Den eigenen Haushalt unabhängig machen zu können von Öl und Gas, darf nicht eine Frage des Geldbeutels sein. ”

Was braucht es also, damit der Umstieg nachhaltig gelingt? Wir im Norden werden unser Tempo beim Ausbau beibehalten. Wir wollen bis 2030 15 GW installierte Leistung an Land ausgebaut haben. Das entspricht 15 großen Kohlekraftwerken oder 15 kleinen Atomkraftwerken. Darüber hinaus werden Speicher und flexible Verbraucher immer wichtiger, weil Wind- und Solarstrom nicht immer zum Verbrauchszeitpunkt entstehen. Der Ausbau leistungsfähiger Netze, die den Strom schnell dorthin bringen, wo er gebraucht wird, muss mit der Energiegewinnung Schritt halten. Insbesondere in der Nord-Süd-Verbindung steckt echtes Potenzial: Bei uns im Norden gibt es viel grünen Strom, im Süden die verbrauchsintensiven Industriezentren. Und natürlich spielt auch Effizienz eine Rolle. Wenn wir das gleiche Ergebnis mit weniger Energiebedarf erreichen können, weil Technik optimiert und wirkungsvoller wird, spart das Kosten und Bedarf an zusätzlichem Ausbau. Damit all das gelingt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Für uns sind dabei Bundes- und EU-Recht besonders entscheidend. In diesen Tagen wird heiß diskutiert, wie eine Anschlusslösung für das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der gesetzliche Rahmen zum Netzausbau aussehen soll. Das klingt abstrakt, wird aber ganz konkret wirken und darüber entscheiden, ob wir in das fossilfreie Zeitalter als Vorreiter und Technologieführer starten oder hinterherhecheln.

Eine Diskussion über Energie, die Fragen von Gerechtigkeit und Bezahlbarkeit außen vor lässt, ist unvollständig. Da alles Energie braucht, entweder bei der Benutzung oder zumindest bei der Herstellung, ist der Preis eine Frage der Teilhabe am guten Leben. Ich setze mich schon lange für ein Absenken der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Verbraucherinnen und Verbraucher und eine Aufteilung

der deutschen Stromzone ein, um die Kosten eines ineffizienten Marktes endlich abzuschütteln. Das sind aber im Vergleich nur kleinere Bausteine. Teuer wird es gerade auch deshalb, weil wir uns Doppelstrukturen von teurer Infrastruktur leisten und länger als nötig zweigleisig fahren: Während wir schon die Investitionskosten für Netzausbau und Erneuerbare als Gesellschaft stemmen müssen, sind wir gleichzeitig noch nicht so weit, dass wir uns von der fossilen Inflation und dem Betrieb von Infrastruktur, die der Vergangenheit angehört, entkoppeln. Je schneller wir den Umstieg schaffen, umso kürzer ist die Doppelbelastung. Und für die einzelnen Verbraucher müssen wir die Transformation ermöglichen, indem Förderungen einkommensdifferenziert ausgegeben werden – wie es die Ampel-Koalition für die Wärmepumpen eingeführt hat und wie es jetzt auch für E-Autos der Fall ist. Den eigenen Haushalt unabhängig machen zu können von Öl und Gas, darf nicht eine Frage des Geldbeutels sein. Dafür müssen die staatlichen Programme Sorge tragen.

Die Industrieländer des Westens haben das globale Klima binnen weniger Jahrzehnte in die Krise gestürzt. Deshalb ist es unsere Aufgabe, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Mit der Energiewende wollen wir zeigen, wie es geht. Die dafür erforderlichen Technologien sind dadurch deutlich preiswerter geworden und können so zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels „Bezahlbare und saubere Energie“ weltweit beitragen, auch in den Regionen, die besonders von der Klimakrise betroffen sind. Saubere und bezahlbare Energie für alle – das ist die Grundlage für ein gerechteres Leben und Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen. Wenn wir mit der Natur arbeiten und nicht gegen sie, ist viel möglich. Lassen Sie es uns weiter gemeinsam angehen.

AKTUELLES

Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit 2026 in Bremen

Unter dem Motto „VIELE STÄRKEN – EIN LAND“ findet vom 2. bis 4. Oktober 2026 das Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen statt. Gastgeberin der zentralen Feierlichkeiten ist in diesem Jahr die Freie Hansestadt Bremen. Mehr als 400.000 Besucherinnen und Besucher werden zu dem dreitägigen Fest erwartet.

Die Bremer Innenstadt, die Schlachte und der Osterdeich bis hin zum Weserstadion verwandeln sich in ein großes Festgelände mit zahlreichen Informations-, Kultur- und Mitmachangeboten. Ein Herzstück des Bürgerfestes ist die Ländermeile, auf der sich die 16 Bundesländer mit ihren vielfältigen Themen und Aktivitäten präsentieren.

Auch das entwicklungspolitische Engagement der Länder wird dort sichtbar: An einem gemeinsamen Stand stellen die Länder ihre Ziele und Aktivitäten in der Entwicklungspolitik sowie der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit vor. Unterstützt werden sie dabei vom World University Service (WUS), der den Stand (Am Wall – zwischen Herdentor und Bischofsnadel) auf der Einheitsmeile mit

Informationen und Mitmachaktionen für Jung und Alt betreut.

Die Länder leisten mit ihren vielfältigen Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und gerechten globalen Entwicklung. Dazu gehören unter anderem Projekte in den Bereichen Bildung, internationale Partnerschaften und Zusammenarbeit sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Mit ihrem Engagement tragen die Länder auch zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 bei.

Info: World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V., Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik, Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611 9446170, [portal\[at\]wusgermany.de](mailto:portal[at]wusgermany.de), www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de

Global Education Week 2026: Mitreden. Handeln. Unsere Zukunft gestalten.

Vom 16. bis 22. November 2026 findet die europaweite Global Education Week statt. Unter dem Motto „Mitreden. Handeln. Unsere Zukunft gestalten.“ lädt die Aktionswoche dazu ein, globale Herausforderungen gemeinsam in den Blick zu nehmen und Bildung in konkretes Handeln zu übersetzen.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie durch Globale Bildung individuelle und gemeinsame Antworten auf soziale, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden können. Die Global Education Week greift dabei die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und die fünf Kernbereiche der Agenda 2030 – Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaften – auf.

Akteure des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung sind eingeladen, sich mit eigenen Aktivitäten zu beteiligen. Ob Workshop, Ausstellung, Video, Vortragsreihe oder Social-Media-

Aktion: Das Format ist frei wählbar. Beiträge können mit einem kurzen Begleittext und einer Infozeile bis zum 9. November 2026 eingereicht werden und werden auf der Website des WUS präsentiert.

Die Global Education Week wird europaweit vom Nord-Süd-Zentrum des Europarats getragen. In Deutschland koordiniert die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Service die Aktionswoche.

Info: World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V., Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611 9446170, [gloaleducationweek\[at\]wusgermany.de](mailto:gloaleducationweek[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

MATERIALIEN

50 Jahre Beutelsbacher Konsens: Gemeinsame Kampagne der Zentralen für politische Bildung

Anlässlich des 50. Jubiläums des Beutelsbacher Konsenses starten die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und die 16 Landes-

zentralen die Social-Media-Kampagne „#NichtNeutral – 50 Jahre Beutelsbacher Konsens“. Sie greift verbreitete Missverständnisse auf und macht deutlich, dass sich aus dem Konsens kein allgemeines Neutralitätsgebot für die politische Bildung ableiten lässt.

Im Mittelpunkt stehen seine drei grundlegenden Prinzipien: das Überwältigungsverbot, das Kontroversi-

tätsgebot sowie die Befähigung zu einem selbstständigen politischen Urteil. Zugleich betont die Kampagne, dass politische Bildung den Werten des Grundgesetzes verpflichtet ist und gegenüber Angriffen auf demokratische Grundwerte nicht gleichgültig sein darf.

In kurzen Videobeiträgen äußern sich Persönlichkeiten aus politischer Bildung, Verfassungsrecht, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft zur Bedeutung und Aktualität des Beutelsbacher Konsenses. Die Kampagne richtet sich insbesondere an Fachkräfte der politischen Bildung, Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen in verschiedenen Bildungsbereichen.

Info: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb),
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, Tel. 0228 995150,
[info\[at\]bpb.de](mailto:info[at]bpb.de), www.bpb.de

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

WELT

Deutschland beteiligt sich an EU-Initiative für Gaza

Deutschland beteiligt sich an einer europäischen Initiative für sogenannte Early-Recovery-Maßnahmen im Gazastreifen. Vorgestellt wurde die Initiative beim zweiten Treffen der Palestine Donor Group in Brüssel. Europäische Staaten und die EU-Kommission wollen insgesamt knapp 900 Millionen Euro bereitstellen, um die Lebensbedingungen der Menschen in Gaza kurzfristig zu verbessern.

Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) leben weiterhin rund 90 Prozent der gut zwei Millionen Menschen im Gazastreifen als Binnenvertriebene. Wasserknappheit, eine unzureichende Abwasserversorgung und fehlendes Abfallmanagement verschärfen die humanitäre Situation.

Die geplanten Maßnahmen umfassen unter anderem Reparaturen an zerstörter Infrastruktur, die Beseitigung von Schutt und Abfällen sowie die Bereitstellung von Unterkünften. Das BMZ will beispielsweise Wasserinfrastruktur wieder funktionsfähig machen und Bäckereien unterstützen. Dafür stellt es 66,5 Millionen Euro an neuen Mitteln bereit. Hinzu kommen knapp 57 Millionen Euro aus bereits laufenden Projekten. Die Umsetzung erfolgt über UN-Partner und Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin,
Tel. 030 185352451, [presse\[at\]bmz.bund.de](mailto:presse[at]bmz.bund.de), www.bmz.de

BUND

DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2026 veröffentlicht

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) hat den „Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2026: Wissen, Motive und Vorbehalte in disruptiven Zeiten“ veröffentlicht. Die

Studie untersucht, wie die Bevölkerung in Deutschland zu Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steht und wie sich Einstellungen, Wissen und Engagement im Zeitverlauf verändern.

Vor dem Hintergrund globaler Krisen, knapper öffentlicher Mittel und zunehmender Kritik an internationaler Zusammenarbeit analysiert der Bericht unter anderem die Unterstützung und wahrgenommene Wirksamkeit der EZ sowie den Wissensstand und das Interesse der Bevölkerung. In vier Fokusanalysen untersucht das DEval zudem, welchen Einfluss Informationen über staatliche EZ-Ausgaben auf Einstellungen haben, welche Motive für Entwicklungszusammenarbeit Zustimmung finden, welche Vorbehalte bestehen und wie stabil entwicklungspolitische Einstellungen sind.

Die Ergebnisse sollen entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren Orientierungswissen für ihre strategische Ausrichtung sowie für Kommunikations- und Bildungsarbeit bieten. Der vollständige Bericht und eine Zusammenfassung stehen online zur Verfügung.

Info: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) gGmbH,
Fritz-Schäffer-Straße 26, 53113 Bonn,
Tel. 0228 3369070,
[info\[at\]deval.org](mailto:info[at]deval.org), www.deval.org

Deutscher Afrika-Preis 2026 geht an Wawira Njiru

Die kenianische Ernährungsexpertin und Sozialunternehmerin Wawira Njiru erhält den Deutschen Afrika-Preis 2026. Die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) würdigt damit ihren Ansatz, Schulernährung mit lokaler Lebensmittelproduktion, Beschäftigung und wirtschaftlicher Entwicklung zu verbinden.

Njiru gründete 2012 das gemeinnützige Sozialunternehmen Food4Education (F4E). Was mit Mahlzeiten für 25 Schulkinder begann, erreicht heute mehr als 660.000 Kinder an über 1.900 Schulen in Kenia. Rund 80 Prozent der verwendeten Lebensmittel stammen von lokalen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Gleichzeitig beschäftigt F4E mehr als 6.000 Menschen, darunter insbesondere Frauen und junge Menschen. Familienbeiträge, staatliche Mittel und philanthropische Finanzierung tragen gemeinsam zur Finanzierung des Systems bei.

Bis 2027 will F4E täglich eine Million Kinder in Kenia mit Schulmahlzeiten erreichen. Seine Erfahrungen und Technologien gibt das Unternehmen inzwischen auch im Rahmen von Partnerschaften an andere afrikanische Regierungen weiter. In Sambia unterstützt F4E

beispielsweise den Aufbau eines landesweiten Schulernährungs-systems.

Der Deutsche Afrika-Preis wird seit 1993 von der Deutschen Afrika Stiftung verliehen. Die Preisverleihung findet am 4. November 2026 in Berlin statt.

Info: Deutsche Afrika Stiftung e. V., Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Tel. 030 28095427, [info\[at\]deutsche-afrika-stiftung.de](mailto:info[at]deutsche-afrika-stiftung.de), www.deutsche-afrika-stiftung.de

Frankfurter Band gewinnt bundesweiten Song-Contest: Musikvideo zum Siegertitel erschienen

Die inklusive Band ROCKYTRIO aus Rockenberg und der Popchor der Musikschule Frankfurt haben mit ihrem Titel „Noch'n Song für 'ne heile Welt“ den ersten Platz beim bundesweiten Song Contest „Dein Song für EINE WELT!“ von Engagement Global belegt. Neben 1.000 Euro Preisgeld gewannen die jungen Musikerinnen und Musiker einen professionellen Musikvideodreh. Das Anfang Mai in Darmstadt entstandene Video ist nun auf YouTube veröffentlicht worden.

Mit ihrem Song setzen sich die Musikerinnen und Musiker für eine gerechtere und friedlichere Welt ein. Der Titel knüpft an Friedens- und Protestlieder vergangener Jahrzehnte an und möchte insbesondere junge Menschen dazu ermutigen, sich gesellschaftlich zu engagieren.

Der Song Contest „Dein Song für EINE WELT!“ wird von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt. Junge Menschen setzen sich dabei musikalisch mit globalen Themen und Zusammenhängen auseinander. Der Wettbewerb begleitet den Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT für alle“. Der Gewinner-song ist auch auf dem neuen EINE WELT-Album Vol. 6 vertreten, das kostenfrei bestellt oder heruntergeladen werden kann.

Info: Engagement Global gGmbH, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn, Tel. 0228 20717-0, [info\[at\]engagement-global.de](mailto:info[at]engagement-global.de), www.eineweltsong.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Antrittsbesuch des Gouverneurs aus Dohuk bei Ministerpräsident Özdemir

Ministerpräsident Özdemir empfing den Gouverneur der baden-württembergischen Partnerprovinz Dohuk, Prof. Tatar. Der Besuch bekräftigte die langjährige Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und der Provinz Dohuk, die mit der humanitären Aufnahme von 1.100 Frauen und Kindern nach dem Völkermord an den Ezidinnen und Eziden im Jahr 2014 begann.

Seit 2024 bildet die Partnerschaftsinitiative Nordirak den Rahmen für die Projektarbeit vor Ort. Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung legt fest, dass die Partnerschaftsinitiative Nordirak vertieft und auf weitere Handlungsfelder ausgeweitet werden soll.

Gouverneur Tatar informierte über die aktuelle Situation in der Region, die durch den Krieg und Angriffe iran-naher Milizen stark belastet ist. Die wirtschaftliche Situation im Irak ist aufgrund der Kriegsgeschehnisse und des Rückgangs der Öleinnahmen sehr angespannt, was zu einer tiefen Wirtschaftskrise geführt hat, die insbesondere die Flüchtlinge trifft.

Ministerpräsident Özdemir sicherte zu, dass Baden-Württemberg auch in diesen schweren Zeiten an der Seite seiner Partnerprovinz steht und die Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll.

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Nadine Elghonimy, Tel. 0711 2102982, [elghonimy\[at\]sez.de](mailto:elghonimy[at]sez.de), www.sez.de/themen/projektfoerderung/nordirak

Baden-Württemberg eröffnet neues Auslandsbüro in Mumbai

Baden-Württemberg richtet seine Auslandspräsenz in Indien neu aus. Zum 1. August 2026 ist das bisherige Auslandsbüro von Pune nach Mumbai, dem politischen Zentrum des baden-württembergischen Partnerbundesstaats Maharashtra, umgezogen. Die Leitung übernimmt Ashumi Shroff als neue Repräsentantin Baden-Württembergs in Indien. Zuvor war sie knapp 20 Jahre am Deutschen Generalkonsulat in Mumbai tätig und verfügt über langjährige Erfahrung in der deutsch-indischen Wirtschaftszusammenarbeit.

Das Auslandsbüro dient als zentrale Anlaufstelle für baden-württembergische Unternehmen, Start-ups, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Kooperationen in Indien aufbauen oder den indischen Markt erschließen möchten. Gleichzeitig unterstützt es indische Akteure mit Interesse am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg.

Inhaltliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind unter anderem Digitalisierung, Maschinenbau, Künstliche Intelligenz, neue Mobilität, Gesundheitswirtschaft, erneuerbare Energien und Wasserstofftechnologie sowie Innovationsförderung. Darüber hinaus soll das Büro die Fachkräftepartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Maharashtra unterstützen. Ziel ist es, langfristige Partnerschaften zwischen Baden-Württemberg und Indien in Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Innovation auszubauen.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Tel. 0711 2153-0, [poststelle\[at\]stm.bwl.de](mailto:poststelle[at]stm.bwl.de), www.baden-wuerttemberg.de

HAMBURG

Trade. Impact. Connect: Faire Handelsbrücke zwischen Hamburg und Accra

Die Freie und Hansestadt Hamburg unterstützt die Organisationen Fair Trade Stadt Hamburg und Afrodeutscher Startup Pitch (AiDiA) beim neuen Projekt „Trade. Impact. Connect.“ (TIC). Das bilaterale Programm fördert faire und resiliente Handelsbeziehungen zwischen den Metropolregionen Hamburg und Greater Accra in Ghana.

Kern des Projekts ist ein Accelerator-Programm, das parallel in beiden Regionen stattfindet: Diasporische Gründer in Hamburg werden auf den Import nachhaltiger Produkte aus Ghana vorbereitet, ghanaische mittelständische Unternehmen (KMU) und Kooperativen für den Export nach Europa qualifiziert. Durch kuratiertes Matching entstehen Handelspartnerschaften zwischen den Kohorten in Deutschland und Ghana, begleitet von Workshops, Mentoring und einem Deal-Desk für Finanzierung, Recht und Logistik.

Über die Hamburg Sustainability Conference und einen Delegationsbesuch der Hamburger Kohorte in Accra erhalten die Teilnehmenden Sichtbarkeit und Zugang zu relevanten Netzwerken. Die Pilotphase von August bis Dezember 2026 fördert rund 30 Unternehmen und schafft die Basis für eine mögliche Übertragung auf weitere afrikanische Partnerregionen.

TIC wird gefördert durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Info: Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, Hermannstraße 15, 20095 Hamburg, Dr. Ana Catarina Sebode, Tel. 040 428312500, anacatarina.sebode@sk.hamburg.de, www.hamburg.de/entwicklungspolitik

HESSEN

Ministerpräsident zieht positive Bilanz

Hessen und der indische Bundesstaat Maharashtra wollen ihre Zusammenarbeit ausbauen. Im Rahmen einer fünftägigen Indienreise (17.-21.08.2026) unterzeichneten Hessens Ministerpräsident Boris Rhein und Maharashtras Chief Minister Devendra Fadnavis in Mumbai eine gemeinsame Absichtserklärung. Sie soll den Grundstein für eine langfristige Partnerschaft zwischen den beiden wirtschaftsstarken Regionen legen.

Im Mittelpunkt der geplanten Zusammenarbeit stehen unter anderem Wirtschaft und Finanzmärkte, technologische Entwicklung, resiliente Lieferketten und die Gewinnung internationaler Fachkräfte. Insbesondere die Finanzplätze Frankfurt und Mumbai sollen künftig stärker miteinander vernetzt werden. Bei einem Besuch der National Stock Exchange (NSE) in Mumbai warb Rhein zudem für Hessen als Standort für indische Banken und Unternehmen, die auf dem europäischen Markt tätig werden möchten.

Auch die Fachkräftegewinnung spielte während der Reise eine wichtige Rolle. Hessens Minister für Internationales, Manfred Pentz, verwies insbesondere auf das Potenzial gut ausgebildeter Fachkräfte aus den Bereichen Naturwissenschaften, Ingenieurwesen und Informationstechnologie. Zum Abschluss der Reise bezeichnete Rhein die Gespräche als Auftakt für eine langfristige Partnerschaft zwischen Hessen und Indien.

Info: Hessische Staatskanzlei, Georg-August-Zinn-Straße 1, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611 32-0, [poststelle\[at\]stk.hessen.de](mailto:poststelle[at]stk.hessen.de), www.staatskanzlei.hessen.de

NIEDERSACHSEN

Globale Energiewende gerecht gestalten: Niedersachsen. GLOBAL startet Kooperation mit der Leibniz Universität Hannover

Die Energiewende ist eine globale Herausforderung – doch wie kann sie dabei auch global gerecht gestaltet werden? Dieser Frage widmet sich das neue Forschungs- und Kooperationsprojekt der Leibniz Universität Hannover (LUH) und Niedersachsen.GLOBAL.

Im Mittelpunkt steht der Lithiumabbau in Südamerika. Lithium ist ein wichtiger Rohstoff für Batterien und damit für die Transformation hin zu einer klimafreundlicheren Energie- und Mobilitätsversorgung. Gleichzeitig hat der Abbau weitreichende soziale und ökologische Auswirkungen, insbesondere auf die indigenen Gemeinschaften in der chilenischen Atacamawüste.

Das Forschungsprojekt „At the Crossroads of Global Just Energy Transition: EU's Lithium Policy and Its Impact on Indigenous Communities in South America's Lithium Triangle“ möchte internationale Energiepolitik, Menschenrechte und lokale Perspektiven stärker miteinander verbinden.

Niedersachsen.GLOBAL wird sich dafür einsetzen, die Perspektive einer global gerechten Energiewende in Niedersachsen sichtbar zu machen. Damit trägt das Projekt zur Diskussion um Nachhaltigkeitsziel 7 „Bezahlbare und saubere Energie“ bei und zeigt: Eine nachhaltige Energieversorgung muss nicht nur klimafreundlich, sondern auch sozial und global gerecht sein.

Info: Niedersachsen.GLOBAL, Hausmannstraße 9-10, 30159 Hannover, Tel. 0511 391650, [info\[at\]niedersachsen.global](mailto:info[at]niedersachsen.global), www.niedersachsen.global



NORDRHEIN-WESTFALEN

Nordrhein-Westfalen stärkt Partnerschaften mit dem Westbalkan

Staatssekretär Christian Wiermer, zuständig für Europaangelegenheiten und Internationales in Nordrhein-Westfalen, reiste vom 17. bis 20. August nach Nordmazedonien, Kosovo und Kroatien. Im Mittelpunkt standen die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans und der europäische Zusammenhalt.

Eine besondere Rolle spielte die 2021 vereinbarte und im Juni 2026 erneuerte Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Nordmazedonien. Neben politischen Gesprächen traf Wiermer Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

Bei einem Austausch mit Alumni von Berufsqualifizierungsprojekten informierte sich der Staatssekretär über die Erfahrungen junger Hochschulabsolventinnen und -absolventen sowie Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. Die Praktikums- und Trainingsangebote sollen ihre beruflichen Perspektiven verbessern. Die Projekte werden mit Mitteln der nordrhein-westfälischen Landesregierung von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem World University Service (WUS) in Nordmazedonien und Kosovo durchgeführt.

In Kosovo besuchte Wiermer zudem ein gefördertes Musik- und Bildungsprojekt für Kinder und Jugendliche. Die Reise endete in Zagreb mit Gesprächen über die europäische Integration und die Beitrittsperspektiven der Westbalkanländer.

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 8371134, [presse\[at\]stk.nrw.de](mailto:presse[at]stk.nrw.de), www.land.nrw

Nordrhein-Westfalen beschließt neue Leitlinien für Entwicklungspolitik

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat neue Leitlinien für ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten beschlossen. Sie sollen die Grundlage für das künftige Engagement des Landes bilden und globale Partnerschaften stärker als gleichberechtigte Zusammenarbeit gestalten.

Auf Initiative des Ministers für Internationales und Chefs der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, wurden die Leitlinien gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen entwickelt. An dem Beteiligungsprozess im März 2026 wirkten unter anderem Nichtregierungsorganisationen, Diaspora-Initiativen, Religionsgemeinschaften und Wissenschaftseinrichtungen mit.

Im Mittelpunkt der neuen Leitlinien stehen faire und gleichberechtigte Partnerschaften, die Interessen und Erfahrungen beider Seiten berücksichtigen und gegenseitiges Lernen ermöglichen. Nordrhein-Westfalen will dabei sein entwicklungspolitisches Engagement stärker mit eigenen Herausforderungen und Interessen verbinden.

Globale Kooperation versteht die Landesregierung zugleich als Beitrag zu Stabilität, Wohlstand und Sicherheit sowie zum Umwelt- und Klimaschutz. Auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und der gesellschaftliche Zusammenhalt sollen durch internationale Zusammenarbeit gestärkt werden.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 83701, [presse\[at\]stk.nrw.de](mailto:presse[at]stk.nrw.de), www.land.nrw

RHEINLAND-PFALZ

Netzwerktreffen der Lehrkräfte in der Ruanda-Partnerschaft stärkt Austausch und Zusammenarbeit

Mehr als 50 Lehrkräfte aus ganz Rheinland-Pfalz kamen Ende des vergangenen Schuljahres zum ersten Netzwerktreffen der Ruanda-Partnerschulen in der Mainzer Staatskanzlei zusammen. Neben Vertreterinnen und Vertretern aller Schulformen waren auch Bildungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten.

Ministerpräsident Gordon Schnieder dankte den engagierten Schulen: „Schülerinnen und Schüler können durch die Schulpartnerschaften Solidarität, interkulturellen Austausch und gemeinsames Lernen ganz konkret erleben. Gemeinsame Projekte mit den Partnerschulen in Ruanda, wie der Bau von Schulgebäuden, tragen zudem zur Verbesserung der Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler an den Partnerschulen bei.“

Im Mittelpunkt stand der Austausch über die Zusammenarbeit zwischen Schulen in Ruanda und Rheinland-Pfalz. Expertinnen und Experten gaben außerdem Impulse für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und lieferten Inspirationen für die thematische Vorbereitung von Begegnungsreisen. Aktuell bestehen mehr als 150 Partnerschaften, die mit vielfältigen Projekten und Austauschformaten gestaltet werden.

Das Netzwerktreffen bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, Erfahrungen aus der Partnerschaftsarbeit zu teilen, neue Kontakte zu knüpfen und Impulse für die weitere Zusammenarbeit mitzunehmen.

Info: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Anna-Kathrin Schmidt, Tel. 06131 16-6455, [Anna-Kathrin.Schmidt\[at\]stk.rlp.de](mailto:Anna-Kathrin.Schmidt[at]stk.rlp.de), www.rlp.de

SAARLAND

GGG Neunkirchen gewinnt 1. Platz bei den Fairtrade Awards

Die Ganztagsgemeinschaftsschule (GGG) Neunkirchen ist bei den 10. Fairtrade Awards in Berlin mit dem 1. Platz in der Kategorie „Next Generation“ ausgezeichnet worden. Mit dem Preis werden junge Menschen und Gruppen unter 30 Jahren geehrt, die sich in besonderer Weise für den Fairen Handel engagieren.

Ausgezeichnet wurde die Schule für ihr Projekt „Coffee Bike“. Das schülergeführte Projekt wird wie ein kleines Start-up betrieben und verbindet Fairen Handel, Nachhaltigkeit, Recycling und unternehmerisches Lernen. Das aus recycelten Materialien selbst gebaute Coffee-Bike bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, beim Einkauf, bei Warenbestellungen, bei der Kostenkalkulation und beim Verkauf von Kaffeespezialitäten wichtige Kompetenzen zu erlangen und gleichzeitig über Arbeitsbedingungen im Kaffee- und Kakaoanbau als aktive Fairtrade-Botschafterinnen und Botschafter zu informieren. Als Fairtrade-School und eine der ersten „Schulen der Nachhaltigkeit“ im Saarland setzt die GGG Neunkirchen seit vielen Jahren Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen im Schulalltag erfolgreich um.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Tel. 0681 50100, [poststelle\[at\]bildung.saarland.de](mailto:poststelle[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e.V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de)
www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V.i.S.d.P.), Peri Bausch,
Bastian Ivens, Carolin Zschammer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Kampagne 2026: SDG 10 – Weniger Ungleichheiten

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrer Kampagne 2026 „Weniger Ungleichheiten – Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und globale Partnerschaften stärken“ Projekte der deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Nachhaltigkeitsziel 10 „Weniger Ungleichheiten“ widmen. Im Fokus stehen Initiativen, die strukturelle Benachteiligungen abbauen, Teilhabe ermöglichen und internationale Solidarität fördern.

Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de